

Offene Worte

Online Nr. 122

Zeitung der LINKEN für den Barnim 1. Sept. 2021, 31. Jahrg.

Werneuchen soll ausbilden

DIE LINKE will zwei Azubi-Stellen für Erzieher:in und Sozialassistent:in in städtischen Einrichtungen



DIE LINKE: Erziehungsberufe attraktiver machen!

Zwei Ausbildungsplätze in Einrichtungen der Stadt Werneuchen möchte DIE LINKE gern installieren. Deshalb wird sie auf der Stadtverordnetenversammlung am 16. September beantragen, dass die Verwaltung die Voraussetzungen zur Schaffung eines Ausbildungsplatzes für eine:n Sozialassistent:in oder eine:r Erzieher:in in kommunalen Einrichtungen schaffen soll.

„Werneuchen wächst und damit hat sich der Bedarf an Kindertagesstätten deutlich erhöht“, erläutert Alexander Horn, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in Werneuchen, den Antrag seiner Fraktion. Deshalb sei auch in den kommenden Jahren von einem wachsenden Bedarf an gut ausgebildeten Erzieher:innen auszugehen. „Die Schaffung von zwei dualen Ausbildungsplätzen in den eigenen städtischen Einrichtungen erhöht die Chance, dass die Ausgebildeten im Anschluss an ihre Ausbildung auch in den städtischen Einrichtungen verbleiben“, hebt Horn den Vorteil hervor, wenn die Stadt selbst ausbildet.

Denn auch für die möglichen Azubis ist die Stadt ein attraktiver Arbeitgeber. „Mit Beginn der Ausbildung würden die Auszubildenden fest angestellt und eine Ausbildungsvergütung nach Tarif des öffentlichen Dienstes erhalten“, betont Stadtverordnete Karen Mohr, dass der LINKEN auch eine gute Bezahlung und soziale Sicherheit der künftigen Azubis wichtig ist.

Mindestens alle 2 Jahre sollten es nach Auffassung der LINKEN jeweils neue Azubis geben. Denn die Nachfrage nach ausgebildeten Erzieher:innen und Sozialassistent:innen auf dem Arbeitsmarkt ist sehr groß. „Mit so einem attraktiven Angebot kann sich die Stadt ihren eigenen Fachkräfte-Nachwuchs heranziehen“, wünscht sich Karen Mohr. Ziel sei, dass sich die Azubis mit den kommunalen Einrichtungen stärker identifizieren. So motivierte Fachkräfte würden auch in Zukunft die Qualität der erzieherischen Arbeit in den Einrichtungen hoch gehalten. **bc**

Kundgebungen zum Weltfriedenstag: Heute, 1. September:

17 Uhr, Bahnhofsvorplatz Bernau, Veranstalter: DIE LINKE
17 Uhr, Marktplatz Eberswalde,
Veranstalter: Friedensbündnis Eberswalde

Antragsstau bei Quarantäne-Zahlungen

DIE LINKE: Lohnfortzahlungen endlich abarbeiten und dafür mehr Beschäftigte einstellen

Über 50.000 Anträge auf Lohnfortzahlung im Quarantänefall liegen weiterhin unbearbeitet im inzwischen dafür zuständigen Brandenburger Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV). In der Landtagssitzung in der vergangenen Woche forderte DIE LINKE erneut konkrete Maßnahmen, um den Antragsstau abzubauen. Denn der Berg von Anträgen wächst mit jedem Monat, zurzeit um etwa 1.500. Der Großteil der Entschädigungen wird an Arbeitgeber gezahlt, die - ähnlich der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall - die ihren Beschäftigten zustehende Entschädigung im Quarantänefall ausbezahlt haben. Aber auch Selbstständige und aufsichtspflichtige Eltern warten inzwischen seit über einem Jahr auf ihre Zahlungen.

In keinem anderen Bundesland werden die quarantänebedingten Zahlungen so verzögert. Das wirft Fragen auf, zu denen sich die Gesundheitsministerin erklären muss. Erst im Mai dieses Jahres, nach über einem Jahr Pandemie, wurden erste zusätzliche befristete Stellen ausgeschrieben und inzwischen auch besetzt. Trotzdem war im Frühjahr klar, dass dies nicht genügen wird. Deshalb hatte DIE LINKE im Mai im Brandenburger Landtag noch mehr Stellen für das zuständige Landesamt beantragt, damit die Mitarbeiter:innen die Anträge bearbeiten können. Wir forderten, diese zusätzlichen Stellen im Nachtragshaushalt einzuplanen. Diesen Antrag hat die Koalition abgelehnt.

Das Gesundheitsministerium ist also sehendenden Auges in die jetzige Situation geraten. Ein Vierteljahr ist inzwischen vergangen. Gut 50 Beschäftigte sind jetzt mit der Bearbeitung des Antragsstaus befasst, gebraucht werden aber wohl noch weitere 30 Mitarbeiter:innen.

Nun wird panisch reagiert. Nach Ministeriumsangaben wurden 20 Mitarbeiter:innen zusätzlich in das LASV abgeordnet, 20 weitere Stellen befristet ausgeschrieben. Sie qualifiziert zu besetzen, wird als Problem beschrieben. In Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel wird deshalb eine höhere Vergütung angeboten. Das ganze Vorgehen läuft in Brandenburg jedoch zu träge. Im Interesse der Zahlungsberechtigten muss es hier endlich zügiger voran gehen.

Außerdem erwartet DIE LINKE, eine regelmäßige Berichterstattung zum Abarbeitungsstand der Anträge auf Lohnfortzahlung während der Quarantäneanordnungen. Es muss klar werden, in welchen Zeiträumen die Abarbeitung erfolgen kann. Denn wenn man bedenkt, dass täglich von eine:r Mitarbeiter:in etwa 6 Anträge bearbeitet werden können, werden viele Berechtigte wohl noch sehr lange auf ihre Entschädigungen warten. Deshalb muss die Gesundheitsministerin die Frage beantworten, warum sie sich nicht eher um mehr Beschäftigte bemüht hat, so wie DIE LINKE es bereits beantragt hatte.

Ronny Kretschmer (LINKE)
Landtagsabgeordneter

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW am
5. September